

**Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner
per E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de**

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvorsitzende
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Dr. Ursula Röper, stellv. Fraktionsvorsitzende

Rahel Amler, Anja Gernand, Felix Grädler,
Sahin Karaaslan, Dr. Dorothea Kaufmann,
Dr. Nicolás Lutzmann, Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg,
Kathrin Rabus, Julian Sanwald, Anita Schwitzer,
Manuel Steinbrenner, Frank Wetzel

geschaefsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 17.12.2020

Sachantrag zu TOP 6ö der Sitzung des Gemeinderats am 17.12.2020: Bürgerbegehren gegen die Verlagerung des Ankunftszentrums für Flüchtlinge auf das Areal Wolfsgärten

Die Grüne Fraktion beantragt folgende Punkte:

- 1) Alle am 18.6.2020 unter TOP 6 (Verlagerung des Ankunftszentrums für Geflüchtete von Patrick-Henry-Village zum Standort Wolfsgärten) vom Gemeinderat gefassten Beschlüsse sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
- 2) Zum Thema der Standortsuche des Ankunftszentrums für Geflüchtete wird ein Bürger*innenrat eingesetzt, der aus Bürger*innen besteht, die nach einem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Aufgabe des Bürger*innenrats ist es, mögliche Standorte des Ankunftszentrums zu beraten und dazu eine oder mehrere Empfehlungen an den Gemeinderat abzugeben. Ziel ist dabei, auch weiterhin ein vorbildliches Ankunftszentrum auf Heidelberger Gemarkung oder den Nachbargemeinden zu betreiben (auch als Teil einer dezentralisierten Lösung) und die Entwicklung von Patrick-Henry-Village zu einem zukunftsfähigen Stadtteil zu ermöglichen.
- 3) Die Empfehlungen des Bürger*innenrats können sich auch auf mögliche Frageformulierungen für einen durch den Gemeinderat zu beschließenden zukünftigen Bürgerentscheid beziehen, um eine endgültige Standortentscheidung zu treffen.
- 4) Die nähere Konzeption, der Zeitplan und das Arbeitsprogramm des Bürger*innenrats wird durch einen Lenkungskreis festgelegt, dessen Mitglieder im Bürger*innenrat kein Stimmrecht besitzen. Als Mitglieder des Lenkungskreises (jeweils mit Stellvertreter*innen) werden benannt: aus dem Gemeinderat ein Mitglied und eine Stellvertreter*in für CDU/FDP/Heidelberger, ein Mitglied und eine Stellvertreter*in für Bündnis 90/Die Grünen, ein Mitglied und eine Stellvertreter*in für SPD/Die Linke/GAL/Bunte Linke/HiB/PARTEI; zwei Mitglieder und eine Stellvertreter*in für die Stadtverwaltung; zwei Mitglieder und eine Stellvertreter*in für die Vertrauenspersonen des am 9.11.2020 eingereichten Bürgerbegehrens. Beschlüsse des Lenkungskreises sollen im Konsensprinzip erfolgen bzw. bedürfen, falls trotz Bemühen kein Konsens erreichbar ist, einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Der Lenkungskreis wählt aus seinen eigenen Reihen zwei gleichberechtigte Koordinator*innen, um die Sitzungen einzuberufen und vorzubereiten. Der Lenkungskreis konstituiert sich im Januar spätestens aber bis Februar 2021. Die Stadtverwaltung unterstützt den Lenkungskreis und den Bürger*innenrat im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

- 5) Der Lenkungskreis ist in alle Gespräche zwischen der Stadt Heidelberg und dem Land Baden-Württemberg über den zukünftigen Standort des Ankunftsentrums für Geflüchtete einzubeziehen.
- 6) Die Stadt Heidelberg unterlässt bis zu einer endgültigen Entscheidung über den zukünftigen Standort des Ankunftsentrums alle Maßnahmen, die einen bestimmten Standort präferieren oder auf den Vollzug einer bestimmten Standortwahl hinwirken und betrachtet den zukünftigen Standort des Ankunftsentrums als ergebnisoffen. Planerische Untersuchungen oder Verhandlungen mit Dritten zur Faktenklärung sind möglich.

Begründung

Die grüne Gemeinderatsfraktion ist der Überzeugung, dass die Durchführung eines Bürgerentscheids zu einer unnötigen Verhärtung der Fronten zwischen den beteiligten Gruppen führen würde. Und das hinsichtlich einer Sache, in der sich doch alle einig sind: Das Ankunftszentrum für Geflüchtete soll in Heidelberg bleiben. Zudem soll PHV als moderner, sozialer, nachhaltiger und zukunftsweisender Stadtteil schnell entwickelt werden, um dringend benötigten Wohnraum für 10.000 Menschen zu schaffen. Mit dem im Antrag vorgeschlagenen Vorgehen und der Einrichtung eines Bürger*innenrats würde der Gemeinderat zur Klärung eines festgefahrenen Konfliktes einen kooperativen Weg einschlagen.